

1 **Beschluss I 1**

2  
3 **Adressat: a.o. Bundesparteitag, 25.06.2017**

4  
5 **Betreff: Wir machen dieses Land stärker, gerechter und moderner!**

6  
7 Gemeinsam können wir unser Land stärker, gerechter und moderner machen. Mit einem  
8 neuen Bundeskanzler Martin Schulz. Er steht für Fortschritt und klare Haltung. Dafür  
9 kämpfen wir. Gerade hier in Nordrhein-Westfalen werden wir die Menschen davon zu  
10 überzeugen. Denn anders als die Union haben wir eine klare Vorstellung davon, wie wir  
11 unser Land stärker, gerechter und moderner machen wollen.

12  
13 Wir stehen vor großen Herausforderungen. Digitalisierung und Globalisierung verändern den  
14 Alltag und die Arbeitswelt jedes und jeder Einzelnen. Diese Veränderungen bergen Risiken –  
15 für den Einzelnen, für die Gesellschaft und für die Gesellschaften in Europa. Es ist die  
16 Sozialdemokratie die technischen und gesellschaftlichen Wandel nicht einfach passieren  
17 lässt, sondern gestaltet. So gestaltet, dass aus Herausforderungen Chancen werden.  
18 Digitalisierung und Globalisierung bieten Chancen für mehr Fortschritt, Wohlstand und  
19 Freiheit. Damit alle Menschen diese Chancen ergreifen können, müssen wir unseren Staat  
20 zukunftsfest machen.

21  
22 Während andere Parteien die zügellose Privatisierung und das Recht des Stärkeren in einem  
23 porösen Privat-vor-Staat propagieren, sagen wir Sozialdemokraten: Wir stehen für das Recht  
24 auf Sicherheit in einem verantwortungsvollen Staat. Wir sagen klar, was der Staat leisten  
25 kann und muss, um die Sicherheit zu schaffen, in der Menschen frei und mutig ihr Leben  
26 führen können.

27  
28 Öffentliche und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Denn Armut und soziale  
29 Ausgrenzung bilden den Nährboden für Kriminalität und Angst. Einerseits. Und andererseits  
30 bildet Eigentum, das nicht mehr verpflichtet, den Nährboden für Gier und Ausbeutung. Wir  
31 brauchen mehr Hüter des Gesetzes für die öffentliche Sicherheit, aber wir brauchen auch  
32 mehr Hüter der Gerechtigkeit für die soziale Sicherheit. Und dafür wollen wir Menschen in  
33 NRW gewinnen: Mit uns gemeinsam den verantwortungsvollen Staat zu gestalten. Wagen  
34 wir mehr Verantwortung, dann können wir auch mehr Vertrauen in die Zukunft und in uns  
35 selbst wagen!

36  
37 **1. Wir wollen die beste Bildung für alle. Gebührenfrei.**

38 Sie beginnt schon in den ersten Lebensjahren durch Erziehung und Lernen zu Hause und in  
39 der Kita. Wir wollen mit zusätzlichen Mitteln des Bundes die Qualität in der Kita verbessern  
40 und sie gebührenfrei machen. Das schafft Chancengleichheit und entlastet junge Familien  
41 mehr, als jede Steuerreform. Sie ist am Ende des Monats am Kontoauszug ablesbar. Die SPD  
42 bleibt die Partei der Bildungschancen. Deshalb lehnen wir auch Studiengebühren ab – in  
43 jeder Form. Außerdem werden wir die Gebührenfreiheit für Techniker- und Meisterkurse  
44 sicherstellen. Für die Ganztagsbetreuung werden wir einen Rechtsanspruch einführen.  
45 Unsere Schulen müssen Kinder und Eltern begeistern. Zusätzliche zu den Programmen der  
46 Länder hat der Bund eines der größten Modernisierungsprogramme für die Schulen  
47 gestartet und das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern dafür gelockert. Wir

48 sorgen für beste Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und eine moderne Ausstattung auch  
49 mit digitaler Technik. Für Auszubildende werden wir die Ausbildungsgarantie umsetzen und  
50 für eine Mindestvergütung für Auszubildende sorgen. Für Studierende werden wir das BAföG  
51 weiter verbessern, um allen jungen Menschen den Bildungsweg zu eröffnen, der ihrer Wahl  
52 und ihren Fähigkeiten entspricht. das BAföG verbessern, damit mehr junge Menschen  
53 gefördert werden und vielfältige Bildungswege möglich sind. Denn für uns ist klar: Die  
54 beruflichen Bildung und das Hochschulstudium sind weder konkurrierende Systeme, noch  
55 getrennte Welten. Bei ihnen handelt es sich gleichwertige Wege in ein selbstbestimmtes  
56 Leben.

57

## 58 **2. Wir wissen: Arbeit ist nicht alles, aber sie ist enorm wichtig.**

59 Den Wert der Arbeit erkennen wir häufig dann, wenn wir keine Arbeit haben, ungesunde  
60 Arbeitsbedingungen herrschen, sie nur befristet ist oder schlecht bezahlt wird. Dann wird  
61 uns noch klarer: Arbeit ist Teil menschlicher Würde. Wir haben den Mindestlohn eingeführt.  
62 Bei Leiharbeit und Werkverträge konnten erste Änderungen erreicht werden. Weitere  
63 Möglichkeiten zur Verhinderung des Missbrauchs wurden seitens der Union verhindert und  
64 müssen von uns weiter eingefordert werden. Es bleibt noch viel zu tun: Wir wollen prekäre  
65 Beschäftigung weiter zurückdrängen und die sachgrundlose Befristung endlich abschaffen.  
66 Sie führt vor allem bei jungen Menschen zu Unsicherheit, wo Zuversicht nötig wäre. Wir  
67 wollen Ausnahmen beim Mindestlohn beseitigen. Wir wollen für gleiche Arbeit den gleichen  
68 Lohn – für Frauen und Männer, für die Stammbeschaft und diejenigen, die als  
69 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Betrieb beschäftigt sind, ab dem ersten  
70 Tag. Damit beispielsweise Solo-Selbstständige auch in Zukunft abgesichert sind, müssen  
71 neue Arbeitsmodelle sinnvoll in die sozialen Sicherungssysteme integriert werden. Die  
72 Minijobs wollen wir auf Grundlage des DGB-Modells sozial gerecht weiterentwickeln. Wir  
73 wollen einen Pakt für anständige Löhne und eine stärkere Tarifbindung. Deshalb werden wir  
74 den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortsetzen.  
75 Und deshalb werden wir die Möglichkeit von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von  
76 Tarifverträgen weiter verbessern und die Voraussetzungen präzisieren. Wir wollen den  
77 Menschen helfen, lebenswert in unserer Gesellschaft zu leben, die aus eigener Kraft keine  
78 Chance im ersten Arbeitsmarkt haben. Indem wir ihre Arbeit statt ihre Arbeitslosigkeit  
79 finanzieren, holen wir sie zurück in unsere Gesellschaft. Öffentlich geförderte Beschäftigung  
80 schafft in einem dauerhaften, sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen für Menschen, die  
81 ausgegrenzt werden. Ausgehend vom Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ werden wir für  
82 zunächst 100.000 Menschen einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt schaffen, den wir als  
83 Regelleistung im Sozialgesetzbuch II verankern. Dabei geht unser Ansatz davon aus, dass hier  
84 unbefristete Arbeitsplätze mit tariflicher Bindung gefördert werden. Der Schwerpunkt muss  
85 auf Regionen liegen, die in besonderem Maße von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.

86

## 87 **3. Wir wollen, dass Familie und Beruf als doppeltes Glück empfunden werden können.**

88 Die Familie soll deshalb nicht immer arbeitsmarktgerechter, sondern die Arbeit soll auch  
89 familiengerechter werden. Diese beiden Ziele verlangen den Ausbau von Kita-Plätzen mit  
90 Öffnungszeiten, die den Bedürfnissen der Eltern gerecht werden. Diese beiden Ziele  
91 verlangen aber auch einen Kulturwandel der Arbeitswelt, damit Arbeitszeiten  
92 familiengerechter werden. Wir brauchen mehr Unterstützung für Familien, damit Familien-  
93 und Erwerbsarbeit partnerschaftlicher aufgeteilt werden können. Wir werden deshalb eine  
94 Familienarbeitszeit einführen, die gerade Eltern kleiner Kinder darin unterstützt, die  
95 Arbeitszeit partnerschaftlich reduzieren zu können. Und wir werden eine Familienarbeitszeit  
96 für Pflegende einführen. Damit ermöglichen wir Menschen, die ihre Angehörigen pflegen,

97 eine Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung. Der Öffentliche Dienst kann in  
98 diesen Bereichen seine Vorbildfunktion wahrnehmen und zeigen: es geht, wenn wir wollen.  
99

100 **4. Wir stehen für einen starken Sozialstaat, der die großen Lebensrisiken solidarisch**  
101 **und gerecht absichert.**

102 Das gilt zuallererst für Gesundheit und Pflege. Wir kämpfen seit langem für eine paritätisch  
103 finanzierte Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege. Wir wissen, dass der Bedarf an  
104 qualitativ hochwertiger Pflege in unserer Gesellschaft zunehmen wird. Gute Pflege  
105 entscheidet sich immer über die Zeit, die für Pflege und persönliche Zuwendung zur  
106 Verfügung steht. Deshalb wollen wir Personalstandards, die die stationäre Pflege mit einem  
107 belastbaren Personalschlüssel ausstattet. Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege sind der  
108 Schlüssel für eine hinreichende Zahl motivierter Pflegefachkräfte und gute Pflege. Der  
109 Pflegeberuf muss gerechter bezahlt, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen  
110 versehen werden. Wir werden uns daher für einen allgemeinverbindlich zu erklärenden  
111 Flächentarifvertrag stark machen, damit gute Pflege dauerhaft möglich wird. Ein starker  
112 Sozialstaat sorgt auch für gutes Wohnen und bezahlbare Mieten. Darum werden wir die  
113 Ausnahmen bei der Mietpreislösung überprüfen und die erfolgreiche Unterstützung des  
114 Ausbaus des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund fortsetzen. Wir streben eine  
115 bundesgesetzliche Regelung zur Übernahme der Kosten für einen Aufenthalt im Frauenhaus  
116 an.  
117

118 **5. Wir setzen uns für eine Rente ein, die den Lebensstandard sichert, unterschiedliche**  
119 **Lebens- und Erwerbsphasen angemessen abbildet und Armutsrisiken vermeidet.**

120 Die solidarisch finanzierte Gesetzliche Rentenversicherung ist dafür die tragende Säule. Zur  
121 Sicherung des Lebensstandards sowie der stärkeren Akzeptanz der sozialen  
122 Sicherungssysteme brauchen wir eine Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung, die  
123 erstens den Erhalt und perspektivischen Ausbau des Rentenniveaus vorsieht ohne die  
124 Beitragszahlerinnen und -zahler zu überfordern. Wir werden garantieren, dass das  
125 Rentenniveau mindestens auf der jetzigen Höhe bleibt, das Eintrittsalter zur Rente nicht  
126 weiter steigt und gleichzeitig der Versicherungsbeitrag im Jahr 2030 nur marginal höher ist  
127 als derzeit vorgesehen. Wir sind davon überzeugt, dass durch verschiedene  
128 Rahmenbedingungen, die wir aktiv beeinflussen können – etwa eine höhere  
129 Erwerbsbeteiligung von Frauen oder eine intelligente Einwanderungspolitik - ein steigendes  
130 Rentenniveau möglich ist. Wir verfolgen auf diesem Wege gemeinsam mit dem DGB  
131 mittelfristig das Ziel eines Rentenniveaus von etwa 50 Prozent. Wir werden zweitens dafür  
132 sorgen, den Kreis der Versicherten zu verbreitern - insbesondere in Hinblick auf die bessere  
133 Absicherung von Selbstständigen. Drittens müssen wir die Voraussetzungen für eine  
134 Solidarrente für langjährige Beitragszahler mit nur geringen Einkommen schaffen, damit  
135 Rente aus Erwerbseinkommen stets höher als die Grundsicherung ist. Wir wollen viertens  
136 die Erwerbsminderungsrente noch weiter verbessern, damit alle, die aus gesundheitlichen  
137 Gründen früher aus dem Erwerbsleben scheiden müssen, eine anständige Rente erhalten.  
138

139 **6. Steuern dienen der Gewährleistung staatlicher Handlungsfähigkeit zum Wohl der**  
140 **Allgemeinheit.**

141 Angesichts seiner Aufgaben für Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und die Wahrung des  
142 gesellschaftlichen Zusammenhalts zu tun ist, nimmt der Staat nicht zu viel ein. Er nimmt aber  
143 zu viel von den Falschen. Nicht Steuersenkungs-versprechen für alle bis hinein in  
144 Millioneneinkommen, sondern eine gerechtere Verteilung der Abgabenlast sichern unsere  
145 gemeinsame Zukunft. Unser Ziel ist es, kleine und mittlere Einkommen und besonders  
146 Haushalte mit Kindern zielgenau zu entlasten. Dazu bedarf es eines neuen

147 Einkommensteuertarifs. Vor dem Hintergrund, dass die reichsten zehn Prozent noch immer  
148 über 60 Prozent des Vermögens verfügen, machen wir uns weiterhin für eine Besteuerung  
149 sehr hoher Vermögen stark. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer  
150 im Bund ein. Steuergerechtigkeit ist und bleibt ein Markenzeichen unserer Finanzpolitik.  
151 Steuergerechtigkeit gewährleisten heißt zuallererst, Steuerbetrug weiter konsequent zu  
152 bekämpfen. Steuerbetrug muss national, europäisch und international bekämpft werden.  
153 Dazu setzen wir auf wirksame nationale Gesetzgebungsinitiativen, aber auch auf die  
154 konsequente Stärkung der Steuerfahndung in den Bundesländern. Wir werden außerdem  
155 auf Bundesebene die Bekämpfung von Geldwäsche intensivieren. Auf europäischer Ebene  
156 machen wir uns für eine Austrocknung von Steueroasen inner- und außerhalb der EU sowie  
157 für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark. Wir drängen auf die schnelle  
158 Umsetzung der internationalen Vereinbarungen, um Gewinnverlagerung und  
159 Steuerumgehung durch grenzüberschreitend agierende Konzerne zu verhindern. Wir wissen:  
160 ohne eine solide Gegenfinanzierung schränken Steuersenkungen die Handlungsfähigkeit von  
161 Bund, Ländern und Kommunen ein und am Ende bei denen hängen, die auf handlungsfähige  
162 öffentliche Hände angewiesen sind. Wir stehen mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik für  
163 einen starken Staat, der seine Aufgaben im In- und Ausland wahrnehmen kann.  
164 Haushaltskonsolidierung ist notwendig, um den Staat zukunftsfähig zu machen. Investitionen  
165 sind es auch. Gerade in einem exportorientierten Land sind stabile Finanzen und  
166 wirtschaftliche Stärke eng voneinander abhängig. Die Ideologie der schwarzen Null  
167 untergräbt diesen Zusammenhang und stellt kurzfristige Konsolidierung vor langfristige  
168 Zukunftssicherung. Die Stabilität der Staatsfinanzen hängt nicht nur von sparsamer  
169 Haushaltsführung und Ausgabendisziplin ab, sondern auch von der Einnahmeseite des  
170 Staates und ihrer gerechten Gestaltung ab.

171

## 172 **7. Öffentliche Sicherheit ist die Voraussetzung für individuelle Freiheit.**

173 Wir wollen den Sicherheitsbegriff dabei weiter denken, als die bellenden Populistinnen und  
174 Populisten in den Unionsparteien und der AfD. Die wichtigste Komponente für Sicherheit ist  
175 soziale und gesellschaftliche Sicherheit. Über unsere Politik der breiten Investitionen in  
176 Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge schaffen wir wirkliche Sicherheit und entziehen  
177 Terror, Radikalisierung und Gewalt den Boden. Wir stehen für einen starken Rechtsstaat.  
178 Eine intelligente Politik für mehr Sicherheit setzt gleichermaßen auf Repression und  
179 Prävention. Wir wissen: Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Das  
180 wirksamste Mittel für mehr Sicherheit ist mehr Polizeipräsenz auf der Straße. Dafür  
181 brauchen wir mehr Stellen beim Bund und in den Ländern. Und wir brauchen ebenso eine  
182 bessere personelle Ausstattung von Gerichten und Staatsanwaltschaften, denn nur so folgt  
183 die Strafe der Tat wo immer möglich auf dem Fuße. Ein starker und gerechter Rechtsstaat  
184 verfolgt Straftaten unabhängig vom Einkommen oder Ansehen der Person. Wir werden  
185 deshalb dafür sorgen, dass Strafverfahren wegen Wirtschaftskriminalität bei hohen  
186 Schadenssummen nicht mehr nach Zahlung eines Geldbetrages eingestellt werden können.  
187 Um die Menschen wirksam vor Wohnungseinbrüchen zu schützen, werden wir darüber  
188 hinaus die Förderprogramme ausweiten, mit denen Wohnungen und Häuser einbruchssicher  
189 gemacht werden können. Präventions-, Beratungs- und Aussteigerprogramme werden  
190 überprüft und wo nötig aufgestockt.

191

## 192 **8. Die SPD ist die Kommunalpartei.**

193 Wir sind Anwalt der Kommunen in Ländern und im Bund. Finanziell handlungsfähige  
194 Kommunen sind die Grundlage guter Lebensqualität vor Ort und lebendiger, lokaler  
195 Demokratie. Die SPD hat in den vergangenen Jahren durch ihren Einsatz in Land und Bund  
196 die Kommunen entlastet und wieder handlungsfähiger gemacht. Daran werden wir

197 anknüpfen. Wir wollen helfen, die Investitionskraft zu stärken, die Kommunen von  
198 Sozialkosten zu entlasten und die Schulden abzubauen. Mit einem Altschuldentilgungsfonds  
199 können wir den hochverschuldeten Kommunen helfen, ihre Handlungsfähigkeit zurück zu  
200 gewinnen. Die Finanzquellen der Kommunen sind auch künftig unverzichtbar. Deshalb  
201 werden wir Grund- und Gewerbesteuer modernisieren. Nach Auslaufen des Solidarpaktes  
202 braucht es ein gesamtdeutsches Fördersystem, das alle strukturschwachen Regionen in den  
203 Blick nimmt. Ab 2019 darf nicht mehr nach Himmelsrichtung gefördert werden, sondern  
204 nach Bedarf. Dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch und die Strukturschwäche groß ist, egal, ob  
205 im Osten oder im Westen Deutschlands, werden Akzente gesetzt.  
206

### 207 **9. Wir sind ein Industrie- und Energieland.**

208 Gerade die letzte Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig eine starke Industrie für die  
209 ökonomische Entwicklung eines Landes ist. Für unsere Industrie brauchen wir eine  
210 verlässliche Energieversorgung, eine gute Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte, ein  
211 innovationsfreundliches Umfeld und gute Rahmenbedingungen um insbesondere Klein- und  
212 Mittelständische Unternehmen fit für die Digitalisierung zu machen. Sicher, sauber,  
213 bezahlbar – das ist und bleibt unser Dreiklang für die Energiewende, die im Dialog mit den  
214 Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten zum Erfolg gebracht werden  
215 muss. Die Energiewende und der Klimaschutz sind für uns Fortschrittsmotoren. Darum  
216 stehen wir auch zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele zur Begrenzung des  
217 Klimawandels. Dabei setzen wir insbesondere auf eine stärkere Kopplung der  
218 Energiesektoren und eine verbesserte Energieeffizienz. Um die Bezahlbarkeit der  
219 Energiewende für Haushalte und die Teile der Wirtschaft, die nicht von der EEG-Umlage  
220 befreit sind, zu gewährleisten, werden wir alternative Finanzierungsmodelle für die weiter  
221 sinnvolle Förderung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien prüfen. Wir werden  
222 Überlegungen unterstützen, die unmittelbaren Belastungen durch die EEG-Umlage durch ein  
223 Fonds-Modell zu deckeln, und die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien  
224 insgesamt zeitlich zu strecken und damit auch gerechter zu verteilen. Damit Strom aus  
225 erneuerbaren Energien auch in den Sektoren Wärme und Verkehr stärker genutzt wird,  
226 wollen wir die Stromsteuer nach und nach abschaffen. Sie setzt falsche Anreize und  
227 behindert den Ausbau der Sektorkopplung, indem sie Strom unabhängig von seiner  
228 Erzeugungsart verteuert. Für eine leistungsfähige Infrastruktur und gut ausgebildete  
229 Fachkräfte brauchen wir mehr öffentliche Investitionen – in Infrastruktur und Bildung. Dafür  
230 werden wir sorgen, denn noch steht dem die Ideologie der schwarzen Null und die  
231 neoliberale Privat-vor-Staat-Ideologie derzeit zu oft entgegen. Für ein  
232 innovationsfreundliches Umfeld brauchen wir exzellente Forschung und den Wissenstransfer  
233 gerade in Klein- und Mittelständische Unternehmen. Wir müssen den Gründergeist  
234 unterstützen, indem wir mehr jungen Unternehmerinnen und Unternehmern die Gründung  
235 von Start-Ups erleichtern. Um unsere Industrie auf dem Weg in die Digitalisierung zu  
236 unterstützen werden wir den Ausbau der Breitbandnetze vorantreiben und die Plattform  
237 „Industrie 4.0“ fortführen. Gemeinsam mit Beschäftigten, Unternehmen, Gewerkschaften,  
238 Wissenschaft und Verbänden werden wir besonders KMUs für den digitalen Wandel  
239 sensibilisieren.  
240

### 241 **10. Die SPD steht für Weltoffenheit, Toleranz und Menschlichkeit.**

242 Wir wollen keine neuen Grenzzäune, sondern Fluchtursachen bekämpfen. Wir stehen ohne  
243 Wenn und Aber zum Grundrecht auf Asyl. Für Opfer von Menschenhandel fordern wir ein  
244 aussageunabhängiges Bleiberecht. Flucht und Vertreibung sind von Zuwanderung und  
245 Integration zu unterscheiden. Wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz, mit dem  
246 wir den Zuzug von Arbeitskräften nach Deutschland besser steuern können. Wir wollen, dass

247 die Menschen in unserem Land friedlich zusammenleben können. Wir stehen für eine  
248 gelingende Integration. Dafür sind Sprache, Bildung und Arbeit die Grundlage. Wir werden  
249 deshalb die Sprach- und Integrationskursangebote ausbauen und weitere passgenaue  
250 Angebote zur Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt schaffen. Ein  
251 modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration  
252 von Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind. Wir setzen uns weiterhin für die  
253 Akzeptanz von Mehrstaatlichkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern  
254 sowie bei Einbürgerungen ein. Einen Generationenschnitt halten wir im Sinne der  
255 Integration hierbei nicht für zielführend.

256  
257 Das alles zeigt: Wir haben die Ideen, wie wir dieses Land stärker, gerechter und moderner  
258 machen können. Wir wollen kein „Weiter so“. Wir stehen für einen Aufbruch, der neue  
259 Chancen für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bietet. Wir stehen für das vereinte  
260 Europa, das die großen Fragen der Globalisierung und Digitalisierung nur gemeinsam im  
261 Interesse der arbeitenden Menschen gestalten kann. Wir werden für unsere Ideen um das  
262 Vertrauen der Menschen werben. Tag für Tag. Im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen,  
263 bei Freunden, in der Familie, in Vereinen und Verbänden.

264  
265 In rund 100 Tagen wird ein neuer Bundestag gewählt. Für uns ist klar: Wir setzen nicht auf  
266 Platz. Wir setzen auf Sieg. Angela Merkel und die Union sind verbraucht. Ihre Regierung lebt  
267 von den Impulsen der SPD in der Großen Koalition. Das reicht nicht. In einer Zeit wirtschaftli-  
268 cher Prosperität bei gleichzeitiger internationaler Unsicherheit braucht unser Land Mut,  
269 Hoffnung und Optimismus.

270  
271 Wir sind überzeugt: Es ist Zeit für Gerechtigkeit. Es ist Zeit für Martin Schulz. Es ist Zeit für  
272 die SPD.